

Thesen im Rahmen von *MeinHannover2030* „Wirtschaft - Arbeit - Wissenschaft - Umwelt“

1. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Krise. In der Krise steckt aber auch die Art, wie Ökonomie an den Hochschulen gelehrt wird. Die Auswirkungen gehen weit über den universitären Bereich hinaus. Die Lehrinhalte formen das Denken der nächsten Generation von Entscheidungsträgern und damit die Gesellschaft, in der wir leben.
2. Die Wirtschaftswissenschaften in Deutschland orientieren sich weitestgehend an einer einzigen Denkschule - der Neoklassik bzw. neoklassisch-keynesianische Synthese. Eine einseitige Herangehensweise kann aber nur zu einseitigen Schlussfolgerungen führen. Daher müssen Methoden- und Theorienvielfalt in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung verstärkt gefördert werden.
3. Pluralität in den Wissenschaften erfordert Offenheit gegenüber anderen Paradigmen und Denkansätzen. Es bedeutet nicht, dass sich lediglich mit intraparadigmatischen Variationen des Mainstream-Konsens zufriedengegeben wird. Wissenschaftstheorie und eine historische Fundierung sind für eine entsprechende Sensibilisierung notwendig.
4. Im Studium braucht es Freiräume, damit sich Studierende und Lehrende mit Lehrinhalten kritisch auseinandersetzen können und zugrunde liegende Annahmen und Denkmuster reflektieren können. Mehr Veranstaltungen mit Seminarcharakter und Hausarbeiten können dafür ein wichtiger Baustein bilden.
5. An der Universität müssen offene Kommunikationsstrukturen, demokratischere Instrumente der Mitbestimmung und eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung geschaffen werden. Die Mitgestaltung, das Einbringen von Ideen und die gleichberechtigte Berücksichtigung der Interessen aller universitären Akteure ist wichtig für einen lebendigen Diskurs an der Universität, auch um Querdenken zu fördern.
6. Die Besetzung von Lehrstühlen mit heterodoxen Ökonomen ist notwendig, um alternative Ansätze und Lösungen abseits des Mainstreams nicht zu marginalisieren. Nur so wird eine bestmögliche Durchdringung von Problemstellungen gewährleistet.
7. Alternative Sichtweisen und Perspektiven müssen nicht nur sichtbar gemacht werden, sondern sich auch in Lehrplan und Forschung wiederfinden. Forschungsaufträge zu Postwachstum, Gemeinwohl-Ökonomie und anderen Konzepten können beispielsweise wertvolle Erkenntnisse für die (regionale) Wirtschaft gewinnen. So kann u.a. der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Hannover gestärkt und mittelfristig besonders hervorgehoben werden.
8. Eine grundsätzliche Kritik an vorherrschenden ökonomischen Verhältnissen muss ebenso Gegenstand vom Studium sein, wie eine bloße Reformagenda á la "*Green Economy*". Dazu gehört auch die Problematisierung heutiger Wachstumsökonomien und die resultierende Massenkonsumentkultur im Kontext von ökonomischen, sozialen und ökologischen Globalkrisen.
9. Die Abhängigkeit der universitären Forschung und Lehre von Drittmitteln muss überwunden werden. Nur ein vollständig ausfinanziertes Bildungssystem befördert eine freie und kritische Wissenschaft. Dabei sollte das Bildungssystem fair und sozial ausgestaltet sein.
10. Eine wertfreie ökonomische Theorie und Praxis ist Illusion. Die normativen Grundlagen der Wirtschaftswissenschaft müssen klar benannt und reflektiert werden. Denn um zu wissen, was man tun soll, um wirtschaftliche Entwicklungen zum Positiven zu gestalten, muss man vorab wissen, was man als ethisch richtig definiert.

11. Mehr Interdisziplinarität ist erforderlich: Der Blick über den Tellerrand muss fester Bestandteil des Studiums sein und kann u.a. durch ein Studium Generale ermöglicht werden.
12. Genügend Waren und Konsummittel gibt es bereits, aber es mangelt an solidarischen Nutzungskonzepten. Die Verteilungsfrage muss auch deshalb verstärkt in den Fokus der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin genommen werden, ebenso eine intensivere Reflexion im Kontext von internationalem Handel und globalen Wertschöpfungsketten.